



Interviews

"Zeitenwende" von Kanzler Scholz vor einem Jahr nur ein leeres Wort?

Roderich Kiesewetter, CDU-Außenpolitiker und Verteidigungsexperte, im Interview mit Tobias Armbrüster

"Informationen am Morgen", 27.2.2023, 6:50 Uhr

Tobias Armbrüster: Mitgehört hat Roderich Kiesewetter von der CDU, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und vor seiner Zeit als Politiker aktiver Bundeswehrsoldat, zuletzt Oberst im Generalstabsdienst. Schönen guten Morgen, Herr Kiesewetter!

Roderich Kiesewetter: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Kiesewetter, hat Deutschland die Zeitenwende gemeistert?

Kiesewetter: Ich glaube, wir sind noch mitten drin. Ich hätte mir gewünscht, dass von Beginn an sehr klar an die Umsetzung gedacht worden wäre, aber zunächst einmal hatten wir eine Verteidigungsministerin, die sich gescheut hat, mit der Rüstungsindustrie

zu sprechen. Das musste dann das Bundeskanzleramt machen. Und wir haben einen Wettbewerber, an den kaum jemand denkt: Das ist die Inflation. Von den 100 Milliarden sind im letzten Jahr 17 Prozent an die Inflation verloren gegangen. Das hat die Bundesregierung nicht eingepreist.

Mit Sorge stimmen mich allerdings die Aussagen der SPD-Vorsitzenden Esken und des Grünen-Haushaltspolitikers Kindler, die das Zwei-Prozent-Ziel in Frage stellen. Hier muss die Bundesregierung Führung zeigen.

Armbrüster: Was fehlt Ihnen denn?

Kiesewetter: Mir fehlt zum einen nach außen sichtbar, dass die Trennung von Führungs- und Materialverantwortung in den Streitkräften geändert wird, so dass die Inspektoren, die Bataillons-Kommandeure wieder verantwortlich sind für das Material. Das wird einige Zeit dauern.

Zweitens aber, wenn man sich mal einig ist, wie das 100 Milliarden Sondervermögen ausgegeben werden soll, dass es hier nicht langwierige Vorlagen gibt – das sind diese berühmten 25-Millionen-Vorlagen –, sondern dass die ganzen zeitkonsumierenden Prozesse ausgesetzt werden. Das kann man mit dem Parlament machen, weil das, glaube ich, jeder einsieht. Und, dass bei den Ausschreibungen nationale Ausschreibungen Vorrang vor europäischen haben. So macht das zum Beispiel Frankreich. Das ist nur ein Teil von Beispielen, aber grundsätzlich muss die Zeitenwende in den Köpfen ankommen. Das ist auch eine, sage

ich mal, innere Frage der Führung und des politischen Willens und nicht nur des bürokratischen Verbesserns.

Armbrüster: Und woran machen Sie das fest, dass das noch nicht in den Köpfen angekommen ist?

Kiesewetter: Als der Bundeskanzler die Zeitenwende-Rede hielt, ging er davon aus, dass die Ukraine nur wenige Wochen standhalten wird und Russland dann an der polnischen Grenze steht. Als das nach wenigen Wochen nicht der Fall war, auch anfangs durch zögerliche, aber dann immer stärker werdende Unterstützung aus Deutschland, dann erlahmte das Interesse.

Zweitens war die Kommunikation der Bundesregierung, insbesondere des Kanzleramts erheblich verbesserungswürdig. Es wurde gar nicht erklärt, warum wir der Ukraine helfen und warum die Bundeswehr besser aufgestellt werden muss. Es gab sogar ein Planungsverbot für Kampfpanzer und es wurde nicht erläutert, dass die Ukraine gewinnen muss und dass deshalb auch die Bundeswehr einen Beitrag leisten muss, dass die Bestände geleert werden. So wurde dann in der Bevölkerung zunehmend, wie soll ich sagen, eine Art Friedenssehnsucht breit, weil nicht erklärt wurde, was Gewinnen heißt, nämlich die Grenzen von '91 wieder zu erreichen und dass Russland verlieren lernen muss, nämlich Kriegsverbrechen müssen geahndet werden, Reparationen gezahlt

werden. Das war aus meiner Sicht der strategische Fehler, der zu spät erkannt wurde.

Armbrüster: Herr Kiesewetter, wenn ich Sie richtig verstehe, dann sagen Sie, der Fehler war, dass die Ampel-Koalition, vor allem wahrscheinlich die SPD am Anfang viel zu lang geglaubt hat, dass dieser Krieg innerhalb von ein paar Tagen vorbei ist?

Kiesewetter: Ein paar Wochen, ja. Das ist meine Auffassung. Wir haben ja als Bundestag die Bundesregierung erheblich unterstützt. 586 Stimmen am 28. April für die Unterstützung der Ukraine, auch für die Unterstützung der Zeitenwende. Und im Bundeskanzleramt ist das nicht umgesetzt worden, viel zu spät, viel zu zögerlich, und dann gab es ja auch die Abgeordneten Strack-Zimmermann, Hofreiter und Roth, die zusammen immer mehr Druck gemacht haben. Dann fiel Roth aus und heute müssen wir uns auf den Bundeswehrverband verlassen. Das ist im Moment die treibende Kraft der Zeitenwende.

Armbrüster: Aber, Herr Kiesewetter, müssen Sie nicht auch zugestehen, dass viele andere europäische Partner noch viel zögerlicher sind als die Deutschen? Wenn wir uns jetzt nur mal beispielsweise ansehen, was aus den vielen Versprechungen rund um Leopard-2-Lieferungen geworden ist.

Kiesewetter: Sehr gut, dass Sie das ansprechen. Polen ist da ein Schlüsselstaat, das sehr früh die Bundesrepublik Deutschland um Ersatz für 600 Kampfpanzer T72, die sie an die Ukraine liefern wollten, gebeten

hat, wochenlang keine Antwort bekommen hat. Dann haben sie selber über 200 geliefert und dann kam im Juli die Antwort aus Deutschland, ihr könnt 20 Leopard haben. Das hat viele im Umfeld verprellt, weil die stärkste Wirtschaftsmacht Europas so zögerlich war.

Klar wird jetzt gesagt, wir seien am meisten bereit, da zu unterstützen auf dem europäischen Kontinent, aber die Briten und Amerikaner machen mehr. Und gemessen an unserer Wirtschaftsleistung sind wir auf Platz 18 in Europa.

Man erwartet vom wirtschaftsstärksten Land Europas deutlich mehr und das kann man nicht nur an Zahlen festmachen, sondern das muss auch mit Koordinierung, mit politischem Willen sein. Wenn gesagt wird, es wird immer alles abgestimmt, so wurde auch vieles verhindert, um es nicht abstimmen zu müssen, und das hat jetzt wenigstens der Verteidigungsminister Pistorius auch im Wording geändert, indem er sagt, die Ukraine muss gewinnen und dafür braucht sie mehr. Das ist schon auch eine Sache der Einstellung und der mangelnden strategischen Kultur gewesen.

Armbrüster: Und hat sich daran jetzt mit dem neuen Verteidigungsminister etwas geändert?

Kiesewetter: Er muss jetzt liefern, aber in jedem Fall hat sich die Dynamik geändert und auch sein Auftreten. Er spricht die Sprache der Truppe, aber er erklärt auch, warum es getan werden muss. Er hat die

Unterstützung der Union, aber er muss liefern, und da sehen wir dissonante Töne bei Grünen-Haushaltspolitikern und bei der SPD-Co-Vorsitzenden, nicht bei Lars Klingbeil. Die Einigung in der Regierung muss rasch hergestellt werden, denn wir müssen nach außen besser dastehen. Unsere Verbündeten, Sie sprachen es an, wollen wieder Vertrauen in Deutschland schaffen.

Armbrüster: Wir hören jetzt eine Menge Kritik von Ihnen an der Bundeswehrplanung der Koalition, auch an der Bundeswehrplanung der SPD. Wir hören das seit einem Jahr immer wieder, dieses Lamento über eine Bundeswehr, die jahrzehntelang kaputtgespart wurde. Ist das möglicherweise, Herr Kiesewetter, ein Fehler, den sich vor allem Ihre Partei auch anhören sollte, weil Sie ja bis auf eine relativ kurze Ausnahme seit Jahrzehnten eigentlich die Verteidigungsminister gestellt haben?

Kiesewetter: Völlig zurecht. Das teile ich. Ich selbst habe das auch in meiner Bundeswehrzeit erlebt, insbesondere in den harten Jahren mit den vielen Opfern in Afghanistan. Aber wir hatten auch immer einen Koalitionspartner, der zum Beispiel mit einem Vizekanzler Scholz das Zwei-Prozent-Ziel zu einem 1,5-Prozent-Ziel ab 2025 heruntergerechnet hat, der keine bewaffneten Drohnen wollte und vieles mehr. Wir mussten ja auch immer Kompromisse schaffen. Aber Sie haben recht: Politischer Wille hätte damals auch viel deutlicher von der Bundeskanzlerin geäußert werden müssen. Wir Außen- und Sicherheitspolitiker haben uns damals nicht durchgesetzt.

Armbrüster: Oder muss man vielleicht auch zugestehen, dass es manchmal etwas Zeit braucht, um 100 Milliarden Euro zu verplanen, dass das möglicherweise nicht innerhalb von ein paar Wochen geht und dass das vielleicht auch ganz gut ist, dass das nicht so schnell geht, weil mit so viel Geld sollte man vielleicht vorsichtig handhaben?

Kiesewetter: Da möchte ich Ihnen in Ansätzen widersprechen. Erstens gab es die hohe Inflation und zweitens gab es eine ganze Reihe von Angeboten. Die wurden aus dem Verteidigungsministerium mit der Rüstungsindustrie vorbereitet. Bereits am 28. Februar traf sich ein Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium mit der Rüstungsindustrie. Es wurden gute Vorschläge gemacht. Die sind aber im Verteidigungsministerium in der Führung verpufft und an der Führung gescheitert. Es hat ja Gründe, dass der Bundeskanzler die Verteidigungsministerin ausgewechselt hat und dass jetzt Herr Pistorius das leistet. Hier ist sehr viel Zeit versäumt worden im Verteidigungsministerium, insbesondere im Zeitraum von März bis Juli. Dann musste das Kanzleramt ran und hat die Gipfel mit der Rüstungsindustrie gemacht, aber selbst die nationale Sicherheitsstrategie wurde ja nicht vom Kanzleramt gemacht, sondern im Auswärtigen Amt. Das strategische Denken ist verbesserungswürdig, aber uns geht es hier nicht um Fundamentalkritik, sondern dass unser Land besser dasteht, dass die Bundeswehr verteidigungsbereit ist, und vor allen Dingen, dass wir als glaubwürdiger Partner an der Seite der Ukraine stehen.

Armbrüster: Herr Kiesewetter, was sagen Sie all denen – und das sind ja nicht wenige -, die sich Sorgen machen und die keine Waffen in ein Kriegsgebiet schicken wollen und die auch sagen, 100 Milliarden für neue Ausrüstung und neue Waffen, das ist falsch ausgegebenes Geld? Was ist da Ihre Antwort?

Kiesewetter: Der Kernpunkt ist ja – und das erleben wir ja -, dass ein Land überfallen wurde. Wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, zerfällt sie. Das Ziel Russlands ist es, nach der Ukraine die Moldau anzugreifen, das ärmste Land Europas mit rund zwei Millionen EU-Staatsbürgern mit rumänischem Pass. Dann haben wir einen Verteidigungsfall der EU oder, wenn Rumänien ihn ausruft, auch der NATO und dann sind wir Kriegspartei. Und unser Ziel muss doch sein zu verhindern, dass wir Kriegspartei werden, denn wir sind Kriegsziel. Deshalb brauchen wir das Geld nicht nur für die Streitkräfte, sondern auch die Waffenlieferungen in die Ukraine, damit der Krieg sich nicht ausweitet. Wir wollen doch nicht, dass die Ukraine sich unterwirft und Russland Vorbild wird für andere autoritäre Staaten. Die Ukraine muss gewinnen und Russland verlieren lernen, seine kolonialen Ansprüche aufgeben, und dazu müssen wir verteidigungsbereiter werden, aber auch in der öffentlichen Kommunikation mutiger und auf die Zweifelnden in unserer Gesellschaft zugehen, wie wir das am Freitag bei einer Großdemo am Brandenburger Tor getan haben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.